

Konflikte im Norden Huehuetenangos in Guatemala – David gegen Goliath!¹

Das Wahljahr 2015 hat in Guatemala turbulent begonnen. Im Januar wurden vier Gerichtsverfahren zu Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Bürgerkriegsjahre entweder wieder aufgenommen oder weiter verschleppt. Ein Prozess endete mit einem Urteil zu 90 Jahren Gefängnis eines damaligen Polizeikommandanten, der das Massaker in der Spanischen Botschaft in Guatemala vor 35 Jahren befahl. Desweiteren fanden verschiedene Anhörungen von Anführern lokaler Widerstandsbewegungen gegen Grossprojekte statt.

Im Februar fand nach Monaten ein landesweiter Protest gegen die allgemeine Krise in Guatemala statt, drei Angeschuldigte des friedlichen Widerstands von La Puya wurden freigesprochen, da keine Grundlagen für die Anklagen gefunden wurden. Drei weitere Menschenrechtsverteidiger des friedlichen Widerstands im Norden des Verwaltungsbezirks Huehuetenango wurden in Haft genommen, zwei weitere im März. Die Kriminalisierung von vor allem indigenen Anführern des lokalen Widerstands gegen die Entwicklungspolitik und transnationale Unternehmen nimmt drastisch zu. Viele sehen sich an die Repression des bewaffneten Konflikts vor 35 Jahren erinnert.

Kriminalisierung der Bevölkerung, die ihre Rechte auf Leben, Land und Rohstoffe verteidigt

Das Justizsystem wird von Unternehmen und Regierung benützt, um Gerechtigkeit hinauszuzögern oder Menschenrechtsaktivist_innen zu kriminalisieren. Der Menschenrechtsombudsmann hat in seinem Jahresbericht 2014 festgehalten, dass die Staatsanwaltschaft das Strafgesetz zu Organisierter Kriminalität gegen Menschenrechtsaktivisten und –verteidigerinnen anwendet und Anklagen auf „terroristische Aktivitäten“ abstützt. Die VerteidigerInnen im Kampf um ihre Rechte würden unrechtmässig beschuldigt und in Untersuchungshaft gesetzt. Die Kriminalisierung der Menschenrechtsverteidiger- und verteidigerinnen äussere sich im Missbrauch des Strafgesetzes, in der die Untersuchungsperiode länger dauere, Anhörungen würden verschoben, bis dass die Anklage fallengelassen wird, weil keine Beweise vorliegen.² ()

Zunehmende Konfliktivität seit Beginn des Wasserkraftwerkprojektes Hidro Santa Cruz

„Wir waren mit dem Widerstand gegen das Unternehmen einverstanden, weil es für das Wohl der Gemeinschaft war. Wir kämpften für die Gemeinde. Wie das Unternehmen kam und zunehmend provozierte, wurde ich stärker. Um was wir kämpften und noch kämpfen, ist unser Recht. Wir wissen, dass wir wegen des Wassers leben. Darum kämpfen wir weiter, nicht weil wir irgendeinen Nutzen daraus ziehen wollen.“

Carmelia Marcelly Mérida

Im Fall des Widerstands von Santa Cruz Barillas gegen den Bau von Wasserkraftwerken dauert der Konflikt nun schon sieben Jahre an. 2007 wurde in Santa Cruz Barillas eine Gemeindebefragung durchgeführt, in der sich 46'000 Einwohner (ca. 36% der Gesamtbevölkerung und 97% der Abstimmenden) gegen Bergbau- und Grossprojekte in ihrem Territorium aussprachen. Trotzdem begann das Unternehmen Hidro Santa Cruz 2008 mit Arbeiten zum Wasserkraftprojekt Qambalam I. Das Unternehmen konsultierte und informierte die Bevölkerung nicht. Wie es in einem Bulletin der Universität FLACSO heisst: eignete sich das Unternehmen Grundstücke in einer Kombination von Käufen, Betrug, Ausübung von Druck und Drohungen an.³

¹ Titel des Berichtes angelehnt an Dokumentarfilm der OMCT, FIDH, „Mas pequeño que David“:

<https://www.youtube.com/watch?v=5Xr0MI0freo&feature=youtu.be>

² <http://www.pdh.org.gt/documentos/informes-anuales/viewdownload/15-informes-anuales/2784-informe-anual-circunstanciado-2014.html>, S. 133-135, 243

³

http://www.academia.edu/8855118/Santa_Cruz_Bariillas_los_intereses_detr%C3%A1s_de_un_estado_de_sitio_Dialogo_FLACSO_Guatemala_num_43

Die Konfrontationen zwischen Bevölkerung und Unternehmen begannen 2009. Die Bevölkerung hinderte Ingenieure des Unternehmens an der Durchfahrt auf von den Gemeinden gebauten Schotterstrassen und verlangte von diesen Auskunft, warum sie als Fremde auf dem Gemeindegebiet unterwegs seien. Die angespannte Situation wurde gemäss den anwesenden Gemeindemitgliedern durch Vermittlungsversuche eines Anführers aufgelöst. Das Unternehmen reichte jedoch eine erste Anzeige wegen Entführung, illegales Festhalten und Nötigung gegen 6 Gemeindemitglieder ein. Bis 2012 häuften sich kleinere Auseinandersetzungen, vor allem mit dem Sicherheitspersonal des Wasserkraftwerkunternehmens. Im März jedoch besetzten Anwohner des Projekts die Zufahrt zum Projekt und setzten Baumaschinen des Unternehmens in Brand. Kurze Zeit danach fanden die Anwohner einen explodierten Hund vor der Absperrung des Projektes. Der Bürgermeister klagte daraufhin gegen das Unternehmen. In jener Woche fand eine grössere Protestkundgebung statt. Die Einwohner von Santa Cruz Barillas protestierten gegen die Verminung des Geländes und verlangten den Rückzug des Unternehmens. Eine Woche darauf stellte die Staatsanwaltschaft 23 Haftbefehle wegen Hausfriedensbruch, Entführung, Terrorismus, Gefährdung der inneren Sicherheit, usw. aus.

Die Situation war sehr angespannt, als bei einem Volksfest am 1. Mai 2012 drei Männer, die am abgesperrten Unternehmensgelände vorbeiliefen, vom Sicherheitspersonal beschossen wurden. Andrés Francisco Miguel starb, Esteban Bernabé Mateo und Pablo Antonio wurden verletzt. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen. 9 Personen wurden vor dem Inkrafttreten des ungerechtfertigten Ausnahmezustands illegal verhaftet und blieben 8 Monate in Untersuchungshaft. Gemäss der Arbeitsgruppe zu Willkürlichen Verhaftungen des Menschenrechtsrates der UNO sind sowohl die Festnahmen eigenmächtig wie auch die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht konform mit dem Internationalen Pakt über Bürger- und politische Rechte.⁴

Als ein weiteres Gemeindemitglied und Anführer des lokalen, friedlichen Widerstands ist Rubén Herrera Opfer der Kriminalisierung. Er wurde im März 2013 in Untersuchungshaft genommen und der Entführung, Hausfriedensbruchs und Anstiftung zum Verbrechen angeschuldigt. Er sei der Anführer, des im Jahr 2009 festgehaltenen Personals des Wasserkraftunternehmens gewesen. Anwesende bei dieser Konfrontation hingegen bezeugen, dass Rubén Herrera erst später hinzukam und vermittelnd auf die Anwesenden einwirkte. Erst 2,5 Monate später fand eine Anhörung statt, in der selbst die Staatsanwaltschaft seine Freilassung aufgrund ungenügender Indizien und fehlenden Beweisen forderte. Am gleichen Tag wurde er vorläufig auch von weiteren Anklagen gegen ihn freigesprochen. Bis heute sind die Gerichtsverfahren noch hängig. Er äusserte in verschiedenen Interviews, dass die Prozesse und die Untersuchungshaft nicht nur physische und psychische Schäden hinterlassen hätten, sondern auch deutliche Auswirkungen auf die Familie und seine finanzielle Situation hinterlassen hätten. Die jahrelange Unsicherheit, irgendwann wieder ungerechtfertigt festgenommen werden zu können und die Diffamierungen, die er seit der Verhaftung erleidet, erschweren ihm das Leben.

Langjährige Haftstrafen

Saul Méndez und Antonio Rogelio Velásquez wurden im November 2014 zu je 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Das erste Mal wurden sie zusammen mit 7 anderen Gemeindemitgliedern am 2. Mai 2012 nach der Ermordung Andrés Francisco Miguel für 8 Monate in Untersuchungshaft gehalten, weil sie bei den Unruhen nach der Ermordung ihres Mitbürgers an Unruhen teilgenommen hätten. Als sich die 9 Angeschuldigten am 27. August 2013 für den vorgesehenen Abschluss des ungerechtfertigten Anklageverfahrens im Gerichtsgebäude in Huehuetenango einfanden, wurden die zwei erneut verhaftet. Die neue Anklage lautete nun auf zweifachen Mord.

2010 wurden zwei mutmassliche Diebe von einer grossen Menschenmenge in Santa Cruz Barillas gelyncht. Saúl Méndez und Rogelio Velásquez verneinen jegliche Beteiligung an diesem Lynchmord

⁴ <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G13/115/18/PDF/G1311518.pdf?OpenElement>

und versichern, dass es sich um eine Verfolgungspolitik des Wasserkraftunternehmens Hidro Santa Cruz S.A. handle.

Das Gerichtsverfahren baut auf widersprüchliche ZeugInnenaussagen auf, die nicht mit der von der Staatsanwaltschaft präsentierten Faktenlage übereinstimmen. Das Gericht anerkannte die defizitäre Untersuchung des Vorfalles durch die Staatsanwaltschaft, so dass eine Beteiligung am Mord nicht eindeutig bewiesen ist. Trotzdem wurden die zwei Aktivisten wegen Beteiligung an den Morden verurteilt. Das Berufungsgericht hat ein Rekursverfahren wegen Verfahrensmängel eingeleitet. Ende April findet die erste öffentliche Anhörung statt. Bis dann werden die zwei Männer schon 20 Monate im Gefängnis sein.

Die Familien der Inhaftierten und aller anderen AktivistInnen, die inhaftiert waren und auf die immer noch Haftbefehle ausgestellt sind, leiden nicht nur durch die Abwesenheit ihrer Geliebten. Die Unsicherheit, die unmenschlichen Zustände im Gefängnis, die prekäre ökonomische Situation, die fehlende Arbeitskraft in den Familien, die Kriminalisierung und die Einschüchterungen des Wasserkraftunternehmens haben mehrere Dutzend Familien im Norden Huehuetenangos in eine elende Situation gebracht. Sie werden gemieden. Die Unsicherheiten und Angst bringen langfristige psychische Folgen, ganz zu schweigen von der ständig gefährdeten Existenzsicherung der Familien mit bis zu 8 Kindern.

„Als mein Mann 2012 verhaftet wurde, gab es einige Leute, die für das Wasserkraftunternehmen einstanden. Sie verfolgten uns und schüchterten uns ein, indem sie sagten, wenn er die Firma nicht akzeptiert, werden wir ihm den Lynchmord anhängen.“
Frau von Rogelio Méndez

Weitere Wasserkraftprojekte

Seit 2008 sind zu dem Wasserkraftprojekt Canbalam I in Barillas von Hidro Santa Cruz noch fünf weitere Projekte in den Gemeinden San Mateo Ixtatán und Santa Eulalia hinzugekommen. Die Auseinandersetzungen, Militarisierung, Polizeiaufgebote, Inbrandsetzung von Baumaschinen, soziale Spaltung der Gemeinden in Befürworter und Gegner der Projekte, Morde und Verhaftungen haben drastisch zugenommen. Insgesamt wurden 20 Anführer des Widerstands verhaftet und verbrachten oder verbringen Monate in Gefängnissen. Es gab mindestens zwei Tote, die zuerst entführt wurden und Tage später mit Folterspuren tot in einem Feld entdeckt wurden.

Die Situation erinnert viele der Bewohner an den bewaffneten Konflikt vor über 35 Jahren, als sie vertrieben, entführt, gefoltert und in Massakern vom Militär dezimiert wurden.

Von einigen Bewohnern San Mateo Ixtatán hörte man die Absicht, wie vor 35 Jahren nach Mexiko zu fliehen.

Wasserkraftwerke in Bau:	Projektname	Gemeinde
Hidro Santa Cruz, subsidiaria de Ecoener Hidralia Energía	Canbalam I	Barillas
Promoción de Desarrollos Hídricos S.A. (PDHSA)	Pojom II	San Mateo Ixtatán
Promoción de Desarrollos Hídricos S.A. (PDHSA)	San Andrés	San Mateo Ixtatán
Wasserkraftwerk im Genehmigungsverfahren:	Projektname	Gemeinde
Promoción de Desarrollos Hídricos S.A. (PDHSA)	Pojom I	San Mateo Ixtatán
Cinco M S.A.	San Luis	Santa Eulalia
Enel Green Power	La Cascata	San Pedro Soloma

Zuspitzung des Konflikts

Anfangs Jahr 2015 spitzte sich der Konflikt weiter zu. Während ein grosser Polizeieinsatz nach Huehuetenango unterwegs ist, erfahren die Gemeindemitglieder von Barillas, San Mateo Ixtatán und Santa Eulalia dies. Sie wappnen sich gegen neue Übergriffe. Frühmorgens am 20. Januar führt ein massives Polizeiaufgebot (ca. 400 Polizisten) mit Unterstützung durch das Personal des Wasserkraftunternehmens Proyectos de Desarrollo Hídricos PDH Hausdurchsuchungen durch, um 10

Verhaftungen durchzusetzen. Unter Einsatz von Tränengaseinsatz werden zwei Aktivisten verhaftet. Diese werden direkt mit einem Kleinflugzeug nach Huehuetenango geflogen. Knapp 2 Monate zuvor waren Jesús und Casimiro Mateo vom Personal des Wasserkraftunternehmens PDH mit Macheten angegriffen worden.

Die aufgebrachte Bevölkerung macht sich auf den Weg nach dem 36 Kilometer entfernten Bezirksgericht in Santa Eulalia, um die Übergriffe der Polizei anzuzeigen. Der Richter ist unauffindbar. Es finden sich bis zu 500 Gemeindemitglieder im Städtchen ein und drohen mit einer Protestaktion, wenn sich der Richter nicht einfindet, um ihre Forderungen anzuhören. In der Zwischenzeit bildet der Bürgermeister von Santa Eulalia eine Gruppe von Befürwortern der Wasserkraftwerke um sich und bedroht wiederholt die Repräsentanten des Widerstands gegen die Wasserkraftunternehmen. Nach Mitternacht findet sich der Richter ein. In einer über zwei Stunden dauernden Anhörung beschliesst er die Freilassung der zwei Verhafteten. Als gegen 4 Uhr früh die Angehörigen und sich eingefundenen Gemeindemitglieder über die Resultate der Verhandlung im Gericht informieren, fährt der Bürgermeister vor und schiesst in die Menge. Dabei werden zwei Männer schwer verletzt und ins Spital gebracht. Kurz vor 6 Uhr schliesst der Bürgermeister mit einer bewaffneten Truppe von ca. 100 Personen die kommunale Radiostation. Welche bis heute bewacht und dessen Betrieb vom Bürgermeister verhindert wird. Das Kommunalradio informierte regelmässig über die Auseinandersetzungen und der Hintergründe im Wasserkonflikt.

Die Vorkommnisse im Ressourcenkonflikt im Norden Huehuetenangos sind schwer durchschaubar. Der Staat scheint grösstenteils abwesend zu sein. Lokale Caudillos in Zusammenarbeit mit den Unternehmen, organisierter Kriminalität und grossen Aufgeboten von Spezialeinheiten der Polizei und Militär stehen der lokalen zu 99% indigenen Bevölkerung gegenüber, die weder informiert noch konsultiert wird, sich bedroht fühlt, Angst hat, dass ihnen ihre Lebensgrundlagen entzogen werden, dass sie wieder vertrieben und ausgeschlossen wird. Huehuetenango weist eine der grössten Analphabetenquote auf, über 60% der Kinder sind chronisch unterernährt und der Zugang zu mehr Land, um sich mit ihrer Subsistenzwirtschaft ernähren zu können, wird ihnen verwehrt. Die jahrelang andauernde Kriminalisierung und Spaltung ihrer indigenen Gemeinden hat zu grossem Misstrauen und ständiger Anspannung geführt, die nicht abklingt.

Im Februar wurden drei weitere Anführer des lokalen Widerstands gegen die Wasserkraftwerke auf ähnliche Weise wie schon früher verhaftet. Aufgrund der Erfahrungen von Januar wurden sie über Nacht vor der ersten Anhörung nach Guatemala Stadt geschafft. Sie mussten über einen Monat auf ihre erste Anhörung warten.

Diese fand zeitgleich mit einer weiteren Anhörung gegen zwei Führer der plurinationalen Regierung der Maya Indigenen des Nordens von Huehuetenangos statt.

„Nur schon im Territorium der Maya Q'anjob'al existieren 41 Bergbaukonzessionen und 21 Baurechte für Wasserkraftwerke. Diese werden unsere natürlichen Ressourcen unangebracht nutzen. In welchem Moment wurden wir konsultiert, wurden wir angegangen? In keinem!“

Aussagen von Rigoberto Juaréz in der Anhörung vom 26.3.2015

Diese waren in derselben Woche wie sie bei der Staatsanwaltschaft in der Hauptstadt Anzeigen wegen Verfolgung der indigenen Repräsentanten der 16 Gemeinden im Bezirk Santa Eulalia und der Angriffe auf Korrespondenten des Kommunalradios Snuq' Jolom Konob' erstattet hatten, auf offener Straße von einer Polizeipatrouille festgenommen. Ihnen wurde bei der Verhaftung trotz Verlangen keine richterliche Verfügung vorgelegt. Nach der Anhörung, drei Tage nach ihrer Festnahme, wurden sie freigelassen. Rigoberto Juaréz wurde jedoch vor dem Gerichtsgebäude erneut verhaftet. Der Haftbefehl war vom selben Richter, der ihn soeben entlassen hatte ausgestellt.

Zurzeit sind 8 Menschenrechtsverteidiger aus dem Norden Huehuetenangos in Haft. Gemäss ihren Aussagen und denjenigen der Angehörigen und Bekannten, ungerechtfertigter Weise. Diese ganzen Versuche, den Widerstand zu brechen, sei das Werk der drei Wasserkraftunternehmen Hidro Santa Cruz S.A., Promoción de Desarrollos Hídricos S.A. (PDH) und Cinco M S.A.

Der Norden Huehuetenangos liegt im indigenen Hochland Guatemalas, in dem die Diktaturen in den 1980er Jahren die Strategie der Verbrannten Erde gegen die indigene Bevölkerung anwandte. Ganze Dörfer und Felder wurden niedergebrannt, die Bevölkerung niedergemetzelt und vertrieben. Grossgrundbesitzer eigneten sich mehr Land an und viele der Überlebenden konnten nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren, sondern wurden umgesiedelt. Seit den Friedensverträgen von 1996 wurde eine neoliberale Wirtschaftspolitik umgesetzt. Sie brachte den ländlichen Gebieten Guatemalas nicht die versprochene Einbindung und Entwicklung, sondern einen Ausverkauf der Rohstoffe an transnationale Unternehmen, die in grosse Monokulturen für Agrobusiness und Bergbau investierten. Die Stromversorgung wurde privatisiert und der Energiemarkt, welcher nun auf den Stromexport ausgerichtet ist, mit erneuerbaren Energieprojekten durch internationale Kredite finanziert. Der Einschluss der Bevölkerung in Entscheidungen über ihr Land und Leben, Bestandteil einiger internationaler Abkommen, die Guatemala ratifizierte, wurde nicht vorgenommen. Im Gegenteil, die Bevölkerung wird nicht informiert, gezielt desinformiert. Während die Vorbereitungen für die Aneignung der Unternehmen von Land und Ressourcen laufen, werden Allianzen geschmiedet, die den absehbaren Widerstand zu einem lokalen Problem werden lässt. Familien und Dorfgemeinschaften werden gegeneinander aufgewiegelt, die Bevölkerung gespalten. Was auch eine Taktik des Bürgerkrieges war, als das Militär in den 1980er Jahren die zivilen Verteidigungspatrouillen der lokalen Bevölkerung bildete. Der Konflikt wird verstärkt durch die Unterstützung der Regierung, Polizei und Militär. Neben Sicherheitspersonal, das immer wieder Konflikte auslöst, werden die Wasserkraftunternehmen von grossen Polizeikontingenten unterstützt. Vor zwei Jahren wurde erneut ein Militärposten in Yich'Kisis, wo das Unternehmen PDH tätig ist, eröffnet. Die Militärbasis wurde 1996 nach den Friedensverträgen geschlossen. Die Bevölkerung sah sich an den Konflikt erinnert, einige Familien flüchteten nach Mexiko, die Angst ist zurückgekehrt.

Ebenso an die Zeiten des internen bewaffneten Konfliktes von 1960 bis 1996 erinnern die Entführungen, Folterspuren und Ermordung von mindestens zwei Aktivisten von Santa Eulalia und Barillas. Die willkürlichen Verhaftungen und Dutzende von AktivistInnen, die Monate ohne Verhandlungen in Untersuchungshaft einsitzen oder auch die Verurteilung von zwei Anführern des lokalen friedlichen Widerstands zu 33 Jahren Gefängnis wegen Beihilfe in einem Lynchmord, ohne genügende Beweise ihrer Präsenz beim Tatbestand und etlichen Verfahrensfehler.

Seit letztem Monat sitzen wiederum fünf Menschenrechtsaktivisten aus Huehuetenango in Untersuchungshaft. Die Anhörungen werden hinausgeschoben oder eine neue Anklage geschaffen, um sie weiterhin in Haft zu halten. Die Aktivist_innen werden oft als Terroristen verschrien und auch der Terrorismusakte angeklagt. Auch dies erinnert an den Bürgerkrieg, als die Militärdiktaturen den Völkermord mit Aufstandsbekämpfung rechtfertigten. Damals waren es Guerilleros, heute ist der innere Feind Terrorist.

Etliche Menschenrechtsorganisationen und internationale Organisationen haben den Präsidenten Guatemalas, die Generalstaatsanwältin, den Menschenrechtsombudsmann und das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala aufgefordert die Verfolgung der Menschenrechtsverteidiger_innen einzustellen, dem Richter zuzuführen und die internationalen Abkommen, wie das Recht auf Leben, Recht auf Freiheit, Rechte der Indigenen Völker, Gleichbehandlungsrecht, Recht auf Justiz usw. zu respektieren.

In seinem Jahresbericht hält das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala OACNUDH fest, dass eine Quelle der Spannungen zwischen den indigenen Gemeinden, Behörden des Staates und den Unternehmen die fehlende Konsultation der indigenen Völker über die Wasserkraftprojekte sei. Die indigenen Gemeinden widersetzen sich 14 der 36 aktuellen Wasserkraftprojekte in ganz Guatemala⁵.

Die Regierung reagiert nicht auf die Forderungen der betroffenen Bevölkerung und der Menschenrechtsorganisationen.

⁵ <http://www.ohchr.org.gt/documentos/informes/InformeAnual2014%28esp%29.pdf>